

Mitteilungen

des

Oberösterreichischen Landesarchivs

19. Band



Linz 2000

INHALT

Vorträge der Enquete "Nationale Frage und Vertreibung der Deutschen in der Tschechoslowakei. Fakten, Forschungen, Perspektiven aus dem Abstand von 50 Jahren" 7-175

Vorwort 5

Eröffnungsrede des Landeshauptmannes Dr. Josef Pühringer 7

Historische Perspektiven zur Vertreibung der Deutschen
aus der Tschechoslowakei
Von Richard G. P l a s c h k a u. Arnold S u p p a n ... 13

Tschechen und Deutsche im neuen Staat: Ein Anfang mit
mehreren Enden
Von Friedrich P r i n z 37

Die Vertreibung der Deutschen aus der Sicht der
innerstaatlichen Rechtsordnung
Von Helmut S l a p n i c k a 55

Die Vertreibung der Deutschen aus der Sicht des Völkerrechts
und der Menschenrechte
Von Dieter B l u m e n w i t z 77

Zum Wissensstand über die Vertreibung der Sudetendeutschen
Von Emilia H r a b o v e c 99

Von der "nationalen" zur "sozialen" Revolution:
Die Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der
Tschechoslowakei und der Februar-Sieg der Kommunisten
Von Jaroslav K u č e r a 123

Die Situation der sudetendeutschen Flüchtlinge in Oberösterreich seit 1945 Von Brunhilde Scheuringer	141
<i>Allgemeine Aufsätze</i>	177-400
Maß und Gewicht in Johannes Keplers 'Messekunst Archimedis' (1616). Metrische Kommentare zur Maßgeschichte von Linz und Oberösterreich Von Harald Witthöft	177
Aspekte sowjetischer Kriegsgefangenschaft 1941-1956. Dokumen- tiert am Beispiel oberösterreichischer Gefangener Von Felix Schneider	231
Die Villen "Neu-Jerusalems". Die Arisierung von Immobilieneigen- tum am Beispiel des Kurortes Bad Ischl Von Jutta Hangler	259
Das "Gauarchiv Oberdonau". Aufbau und Zerstörung des Parteiar- chivs der NSDAP Oberdonau Von Gerhart Marckhott	297
"Euthanasieanstalt" Hartheim und Reichsgau Oberdonau. Involvie- rung von Verwaltungs- und Parteidienststellen des Reichsgaues Oberdonau in das Euthanasieprogramm Von Josef Goldberger	359
Zum Gedenken an Hans Sturmberger	401
Verzeichnis der Rezensionen	407
Rezensionen	409
Verzeichnis der Mitarbeiter	454

VON DER "NATIONALEN" ZUR "SOZIALEN" REVOLUTION: DIE ZWANGSAUSSIEDLUNG DER DEUTSCHEN AUS DER TSCHECHOSLOWAKEI UND DER FEBRUAR-SIEG DER KOMMUNISTEN

Von Jaroslav Kučera

Der Zäsurcharakter der zweiten Hälfte der vierziger Jahre für die Geschichte der böhmischen Länder ist in der Geschichtsforschung unbestritten. Die Vertreibung der Deutschen aus dem Land sowie die in der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948 kulminierende politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Tschechoslowakei führten tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzungen herbei oder leiteten sie zumindest in die Wege. Bereits die Zeitzeugen sahen sich vor die schwierig zu beantwortende Frage gestellt, ob bzw. inwieweit diese beiden Ereignisse miteinander kausal verknüpft waren. Die Palette der sich bietenden Antworten war sehr breit: Von der Behauptung, der Kommunismus hätte in der Tschechoslowakei auf jeden Fall gesiegt, reicht sie bis hin zur These, daß der Februar-Erfolg der Kommunisten durch die Zwangsaussiedlung nicht nur ermöglicht, ja dieser sogar ohne die Entfernung der Deutschen aus dem Land gar nicht denkbar gewesen sei. Der Auseinandersetzung über einen eventuellen kausalen Zusammenhang zwischen der "nationalen" und der "sozialen" Revolution in der Tschechoslowakei in der bisherigen Geschichtsforschung wird der erste Teil der vorliegenden Ausführungen gewidmet; der zweite Teil versucht, die Hauptargumente der Diskussion zusammenzufassen sowie ihre Wahrscheinlichkeit zu prüfen, wenngleich ein Urteil über ihre Richtigkeit natürlich viel wünschenswerter wäre.

I

Es ist kein Wunder, dass die Überlegungen über einen kausalen Zusammenhang zwischen der Zwangsaussiedlung der Deutschen und dem kommunistischen Februar-Sieg von 1948 wohl zum erstenmal in der sudetendeutschen Publizistik Ende der vierziger oder spätestens Anfang der fünfziger Jahre thematisiert wurden. Die hier vertretene These, die Anwesenheit der Deutschen in der Tschechoslowakei hätte die kommunistischen Pläne gefährdet bzw. den Kommunisten sei es nur deswegen gelungen, das Land zu unterjochen, weil die Deutschen in ihrer Mehrheit weg gewesen seien,¹ war möglicherweise ein Versuch, in der Sowjetisierung der Tschechoslowakei den Eingriff einer "höheren Gerechtigkeit" als eine Art Heimzahlung für die Behandlung der Deutschen durch die Tschechen, besonders für die Zwangsaussiedlung, zu erblicken.

Das tschechoslowakische Exil nahm eine grundsätzlich skeptische Haltung gegenüber dieser These ein: In einer ausführlichen Diskussion über die Vertreibung der Deutschen, die 1953 in London stattfand, wurde sie vom ehemaligen Kanzler des Präsidenten Edvard Beneš, Jaromír Smutný, als "billig" bezeichnet, weil sie nach seinem Dafürhalten nicht beweisbar war.² Der einzige von den übrigen Teilnehmern, der ihm widersprach, war der sudetendeutsche Sozialdemokrat Johann Wolfgang Brügel, der außerdem auch auf moralische Zusammenhänge hinwies: "Mit der Zustimmung zu der inhumanen Idee der Vertreibung", behauptete er, "geriet die tschechoslowakische Politik auf die schiefe Ebene der moralisch abscheulichen Unmenschlichkeit, die zu den Ereignissen des Februar 1948 direkt führte".³ Brügel gehörte auch später zu den entschiedensten Verfechtern der direkten Kausalität zwischen der Vertreibung der Deutschen und dem Februar 1948; er vertrat sie sowohl in seiner umfang-

¹ Authentische Belege liegen nicht vor. Die Angabe folgt einem Hinweis des tschechischen Exilpolitikers Jaromír Smutný. Vgl. Jaroslav Stránský, *Odsun Němců z hlediska národního i mezinárodního* [Der Transfer der Deutschen aus nationaler sowie internationaler Sicht] II (London 1953) 56

² Stránský, *Odsun* 56

³ Stránský, *Odsun* 35

reichen Arbeit über "Tschechen und Deutsche" aus dem Jahre 1974⁴ als auch in der Diskussion über die Vertreibung der Deutschen, die Ende der siebziger Jahre im tschechoslowakischen Exil ausbrach. Eben während dieser Diskussion faßte Brügel prägnant zusammen: Ohne die Vertreibung wäre der Februar 1948 nicht möglich gewesen.⁵

Auf tschechischer Seite berührte der Publizist und Mitarbeiter von Radio Free Europe, Ferdinand Peroutka, diese Problematik. Der Abschub der Deutschen, schrieb er im Jahre 1956, habe eine Atmosphäre geschaffen, in der es möglich wurde, den politischen Gegner ohne viel Lärm zu beseitigen; man habe sich an ein Leben ohne "Recht und Gesetz" gewöhnt. Die Behandlung der Deutschen ebnete den Weg zur Durchsetzung der kommunistischen "Gerechtigkeit" und Moral: "Wenn es möglich ist", so Peroutka weiter, "daß der Mensch dafür bestraft wird, weil er zu einem bestimmten Volk gehört, dann ist es später auch möglich, daß er bestraft wird dafür, daß er zu einer bestimmten Gesellschaftsklasse oder zu einer bestimmten politischen Partei gehört".⁶ Erst beinahe 20 Jahre später analysierte der Mitarbeiter des Münchner Osteuropa-Instituts Jiří Sláma anhand der Auswertung umfangreicher statistischer Daten vor allem die sozialpolitischen Folgen der Vertreibung der Deutschen vor dem Hintergrund des gesamten sozio-ökonomischen Wandels der tschechoslowakischen Gesellschaft der vierziger und fünfziger Jahre und kam zu dem Schluß, daß die "Enteignung und Aussiedlung der Deutschen sozial, ökonomisch und politisch zum Vehikel der sowjetisch-sozialistischen Revolution in der Tschechoslowakei" wurde. Ausdrücklich lehnte er jedoch ab, die Etablierung der Herrschaft kommunistischer Parteien "von derartigen 'nationalen' Kampfmitteln" abhängig machen zu wollen; der kommunistische Sieg war nach Sláma auch ohne die vorausgehende "nationale" Revolution möglich.⁷

⁴ Johann Wolfgang Brügel, *Tschechen und Deutsche II* (München 1974)

⁵ Johann Wolfgang Brügel, Úvodem k tomu, co následuje [Einleitend dazu, was folgt]. In: Češi, Němci, odsun [Tschechen, Deutsche, Abschub] (Praha 1990) 52f. Der Aufsatz erschien in der Exilzeitschrift "Svědectví" Nr. 57/1978

⁶ Ferdinand Peroutka, Několik poznámek k česko-německému problému [Einige Bemerkungen zum tschechisch-deutschen Problem]. In: Československé noviny, April 1956, zitiert nach: Rudolf Hilf, *Deutsche und Tschechen. Symbiose - Katastrophe - Neue Wege* (Opladen 1995) 109

⁷ Jiří Sláma, *Die sozio-ökonomische Umgestaltung der Nachkriegs-Tsche-*

Vielleicht unabhängig von Sláma, möglicherweise aber eben durch ihn inspiriert, betteten Petr Příhoda sowie der slowakische Historiker Ján Mlynárik Ende der siebziger Jahre die Vertreibung in den breiteren Kontext der Entwicklung der tschechoslowakischen Gesellschaft zwischen den Jahren 1945 und 1948 ein. Sie haben mit ihren Beiträgen in der Exil-Zeitschrift "Svědectví" (Zeugnis) die Diskussion über die Vertreibung der Deutschen eingeleitet, die mit unterschiedlicher Intensität praktisch bis heute andauert. Vor allem Mlynárik erwog eine Reihe von Aspekten, die den Kommunisten den Weg an die Macht geebnet haben dürften, und zwar nicht nur ökonomische und politische, sondern auch moralische: Die Vertreibung und überhaupt die Behandlung der Deutschen führte seiner Ansicht nach zur Störung des Wertesystems der Gesellschaft und ihrer zivilisatorischen Bindungen.⁸ In der darauffolgenden, manchmal heftigen Diskussion stellte sich auf seine Seite neben dem bereits erwähnten J. W. Brügel besonders das Pseudonym "Bohemus",⁹ der wohl größere Teil der Diskutanten, vor allem die Fachhistoriker (beispielsweise Milan Hübl oder Jaroslav Opat),¹⁰ blieb jedoch grundsätzlich vorsichtig.

Mit dem Wort "vorsichtig" könnte man auch den heutigen Stand der Diskussion am trefflichsten bezeichnen. Bei derartigen

choslowakei. Zur Politik des kommunistischen Machtmonopols (Wiesbaden 1977) 107. Vgl. auch ders., Die Tschechoslowakei zwischen dem besiegten Deutschland und der Sowjetunion: Eine sozio-ökonomische Analyse. In: Die Tschechoslowakei 1945-1970. Hg. v. Nikolaus Lobkowicz u. Friedrich Prinz (München - Wien 1978) 91-126, bzw. Důsledky nuceného vysídlení Němců pro Československo [Die Folgen der Zwangsaussiedlung der Deutschen für die Tschechoslowakei]. In: Soudobé dějiny 1 (1994) 527-537

⁸ Jan Příbram (Petr Příhoda), Příběh s nedobrým koncem [Die Geschichte mit einem ungunen Ende]. In: Češi 50-51. Der Aufsatz erschien in "Svědectví" Nr. 55/1978. Ján Mlynárik, Tézy o vysídlení československých Němců [Thesen zur Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei]. In: ebenda 61, 68 bzw. 82. Der Aufsatz erschien in "Svědectví" Nr. 57/1978. Deutsche Übersetzung vgl. Deutschlandarchiv 12 (1979) 712-727

⁹ Bohemus (T. Brod, J. Doležal, M. Otáhal, P. Pithart, M. Pojar und P. Příhoda), Stanovisko k odsunu Němců [Standpunkt zum Abschub der Deutschen]. In: Češi 194 bzw. 127-200. Deutsche Übersetzung vgl. Die Brücke vom 15.3.1980

¹⁰ Milan Hübl, Glosy k vysídlení československých Němců [Glossen zum Abschub der Deutschen aus der Tschechoslowakei]. In: Češi, 114. Deutsche Übersetzung vgl. Deutschlandarchiv 12 (1979) 727-735. Jaroslav Opat, K Bohemovu 'Slovu o odsunu' [Zu des Bohemus' 'Wort zum Abschub']. In: Češi, 264

Kapazitäten in der Erforschung der Geschichte der Tschechoslowakischen Republik in der unmittelbaren Nachkriegszeit wie Karel Kaplan oder Tomáš Staněk stellt man eher Skepsis fest. Kaplan beispielsweise warnt ausdrücklich vor der Überschätzung der machtpolitischen Auswirkungen der Vertreibung; wäre diese nicht durchgeführt worden, so hätte dies den Verlauf des Machtkonflikts höchstens modifiziert (er schließt jedoch auch seine Beschleunigung nicht aus), aber sein Gesamtergebnis nicht geändert.¹¹ Auch die deutsche Historiographie ist der These vom engen Zusammenhang zwischen der Vertreibung und der kommunistischen Machtübernahme nicht gewogen. Heinrich Kuhn beispielsweise spricht zwar von einem "kausalen Zusammenhang" zwischen den beiden Prozessen, was jedoch die Rolle der Deutschen im innenpolitischen Machtgefüge betrifft, bleibt er zurückhaltend: Die Deutschen hätten für die kommunistischen Pläne ein Hindernis darstellen können, jedoch kein unüberwindbares.¹² In seiner letzten Überblicksdarstellung der böhmischen Geschichte der Jahre 1848-1948 sieht zwar auch Friedrich Prinz einen "kausalen Zusammenhang", geht jedoch darauf nicht näher ein.¹³ Demgegenüber findet sich bei Jörg K. Hoensch in dieser Hinsicht nur eine eher beiläufige Bemerkung, die Kommunisten hätten die Zuteilungen der enteigneten deutschen Vermögenswerte als Lockmittel zum Fang der Wahlstimmen genutzt.¹⁴

II

Die Zwangsaussiedlung der Deutschen aus den böhmischen Ländern wird sowohl in der fachhistorischen Forschung als auch in

¹¹ Karel Kaplan, *Nekrvavá revoluce* [Unblutige Revolution] (Praha 1993) 37 bzw. Tomáš Staněk, *Odsun Němců z Československa* [Transfer der Deutschen aus der Tschechoslowakei] (Praha 1991) 375. Der Autor meint hier: "Das Zurückbleiben einer größeren Zahl der Deutschen im Staat konnte die innenpolitische Entwicklung, die im Februar 1948 gipfelte, nicht wesentlich beeinflussen. Der 'deutsche Faktor' modifizierte jedoch zweifellos die Formen und Methoden der innenpolitischen Konflikte".

¹² Heinrich Kuhn, *Die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei und ihre Folgen*. In: *Schicksalsjahre der Tschechoslowakei 1945-1948*. Hg. v. Nikolaus Lobkowicz u. Friedrich Prinz (München 1981) 62

¹³ Friedrich Prinz, *Geschichte Böhmens 1848-1948* (Frankfurt/Main 1991) 470

¹⁴ Jörg K. Hoensch, *Geschichte der Tschechoslowakei* (Stuttgart 1992) 127

der Publizistik übereinstimmend als ein tiefer Eingriff in wohl alle gesellschaftlichen Bereiche gewertet.¹⁵ An erster Stelle werden demographische Folgen angeführt: nicht so sehr die Abnahme der Gesamtbevölkerung des Landes als vielmehr die Tatsache, daß diese Abnahme nur bestimmte Gebiete traf, ohne durch die darauffolgende Besiedlung wettgemacht werden zu können. Bis heute weisen die ehemals deutsch besiedelten Grenzgebiete eine vom Landesinneren abweichende Bevölkerungsstruktur auf, die weit darüber hinausgeht, was man den Folgeprozessen (neben dem Ausbau einer Sperrzone am "Eisernen Vorhang" besonders der natürlichen Bevölkerungsmigration infolge von Industrialisierung und Urbanisierung) zuschreiben könnte. Eng mit diesem Bevölkerungsschwund hingen bedeutende ökonomische Auswirkungen zusammen: die sogar bewußt in Kauf genommene Verlangsamung der wirtschaftlichen Erholung des Landes nach dem Kriege, die Unterbindung der Weiterentwicklung der in den böhmisch-mährischen Grenzgebieten gelegenen Industriezweige, aber auch der Land- und besonders der Forstwirtschaft. Manche Autoren verweisen außerdem auch auf gewaltige Vermögensverschiebungen, die einen umfangreichen sozialen Wandel der tschechischen Gesellschaft in die Wege leiteten; diskutiert werden auch rechtliche, moralische und kulturelle Folgen sowie die Auswirkungen auf die außenpolitische Verankerung des Staates.

Dem Streben, die Folgen dieser Veränderungen für die Entwicklung der Tschechoslowakei in den Jahren 1945-1948 genauer zu bestimmen, stehen verschiedene Umstände im Wege. In erster Linie stehen kaum Daten über den Umfang, den genauen zeitlichen Verlauf sowie die Auswirkungen einzelner sozio-ökonomischer Prozesse zur Verfügung. Man muß deshalb mit statistischen Daten für die Jahre 1930 und 1950 (nur in einigen Fällen auch für das Jahr 1947) arbeiten. Was die sozialen und politischen Veränderungen (und im Anschluß an sie auch den Wandel im Wertesystem sowie in der Mentalität der Gesellschaft bzw. ihrer verschiedenen Gruppen) betrifft, verlief in diesem Zeitraum eine Reihe von sich manchmal überlagernden Prozessen, die hier nur stichwortartig angeführt werden können: Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre, Krieg, Kriegswirt-

¹⁵ Zusammenfassend vgl. beispielsweise Staněk, Odsun 373-382

schaft und Okkupation in der ersten Hälfte der vierziger Jahre, Zwangsaussiedlungen der Deutschen sowie die beginnende Sowjetisierung der tschechoslowakischen Gesellschaft in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre. Die Relevanz der Mehrheit dieser Veränderungen für den innenpolitischen Machtkampf in der Tschechoslowakei der Jahre 1945-1948 ist nicht immer einleuchtend, teils wegen der durch die grundsätzlichen politischen und sozio-ökonomischen Brüche bedingten Unzulänglichkeit der Daten, teils in Anbetracht der von den einzelnen Autoren angewandten unterschiedlichen Bewertungskriterien. Damit hängt auch zusammen, daß die Erforschung der tschechoslowakischen Geschichte der unmittelbaren Nachkriegszeit im Grunde genommen erst in ihren Anfängen steht. Derzeit sind wir bloß imstande, gewisse Ereignisse sowie eine gewisse Entwicklung – und dies vor allem im Bereich der Politik – festzustellen. Unsere Kenntnisse der Entwicklung des politischen Systems, der öffentlichen und staatlichen Verwaltung, des Rechtswesens und der Justiz, der Wirtschaft sowie der Rolle dieser gesellschaftlichen Teilbereiche im machtpolitischen Kampf, der Veränderungen der sozialen Lage sowie der politischen Haltung einzelner sozialer Gruppen oder Milieus bzw. der Entwicklung der Machtverhältnisse auf der regionalen oder örtlichen Ebene sind eher bruchstückhaft. Kurz und gut: Die Frage nach der "Ermöglichung des Kommunismus" in der Tschechoslowakei kann die moderne Geschichtsschreibung immer noch nicht befriedigend beantworten. Zuletzt kommt als eine spezifische Schwierigkeit beim Nachdenken über den kausalen Zusammenhang zwischen der Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei und dem kommunistischen Sieg die Tatsache hinzu, daß die Beschäftigung mit den Auswirkungen eines historischen Vorgangs manchmal zur Frage nach eventuellen Varianten der historischen Entwicklung verführt, zu einer Frage also, die manche Historiker als nicht legitim betrachten.

In den Diskussionen über den kausalen Zusammenhang zwischen der "nationalen" und der "sozialen" Revolution trifft man zwei grundlegende Interpretationsmodelle. Das eine besagt etwa, daß infolge der Zwangsaussiedlung eine Bevölkerungsgruppe das Land verlassen mußte, die die Sowjetisierung direkt oder indirekt hätte verhindern können. Das andere geht davon aus, daß die Vertreibung

der Deutschen und ihre Folgen die tschechische Gesellschaft so grundlegend umformten, daß sie gegen den kommunistischen Angriff weniger resistent wurde, bzw. daß dieser Angriff durch die Auswirkungen der Vertreibung auf die tschechische Gesellschaft ermöglicht oder wesentlich erleichtert wurde.¹⁶

Wie bereits dargelegt wurde, steht die Historiographie dem erstgenannten Interpretationsversuch grundsätzlich skeptisch gegenüber. Die Triebkräfte der volksdemokratischen Entwicklung (hierzu gehört nicht nur der Ausbruch des Kalten Krieges, der die Eingliederung der Tschechoslowakei in den sowjetischen Machtbereich und somit auch die Durchsetzung der sowjetischen Dominanz forcierte, sondern auch die relativ große Unterstützung, die die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei bei der tschechischen Bevölkerung fand) waren immerhin viel stärker als das politische Potential der deutschen Minderheit. Darüber hinaus kann ein Urteil über ihre eventuelle rechtliche und somit auch soziale und politische Stellung in der Nachkriegszeit sowie ihre politische Haltung kaum anders als höchst spekulativ sein.

In erstgenannter Hinsicht versuchte nur J.W. Brügel, ein Bild zu skizzieren. Er ging dabei grundsätzlich von einer Aufrechterhaltung der rechtlichen, sozialen sowie politischen Stellung der Deutschen, wie sie diese in der Ersten Republik gehabt hatten, aus. Immerhin rechnete er mit der Bestrafung der nationalsozialistischen Verbrecher und schloß eine vorübergehende Verhängung des Standrechts in den Grenzgebieten bzw. einen zeitweiligen Entzug der politischen Rechte, besonders des Wahlrechts, beispielsweise für alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP oder hohen Beamten, nicht aus.¹⁷ Wie sich jedoch der politisch berechnete Teil der deutschen Bevölkerung verhalten hätte, bleibt selbstverständlich strittig. Eventuelle Antworten hängen von der Einschätzung der Auswirkungen der po-

¹⁶ Vgl. Tomáš Staněk, Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945-1948. In: *Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938-1947*. Hg. v. Detlef Brandes – Václav Kural (Essen 1994) 186. Der Autor meint: "Die Art der Lösung der sogenannten sudetendeutschen Frage im Rahmen breiterer innenpolitischer und internationaler Zusammenhänge (trug) zweifellos dazu bei, die Widerstandskraft der tschechischen Gesellschaft gegenüber dem Druck und den Einflüssen, die dem Umsturz des Jahres 1948 vorausgingen, zu schwächen".

¹⁷ Brügel, *Úvodem* 53

litisch-ideologischen Entwicklung der sudetendeutschen Gesellschaft der letzten zehn Jahre unter Henlein und folglich Hitler ab. Mlynárik bzw. Bohemus neigen dazu, diese Etappe für eine "Anomalie" in der Geschichte der Sudetendeutschen zu halten, und implizieren somit eine reibungslose Rückkehr zur traditionellen politischen Gliederung.¹⁸ Bohemus meint, "die wohlhabende Bevölkerung sowie erfahrene Arbeiterschaft" hätten das Land verlassen müssen, die die konservativen und reformistischen Bürgerparteien gewählt hatten; die demokratischen Kräfte trugen somit zur Schwächung ihrer eigenen Positionen bei, was sie bald zu spüren bekamen.¹⁹

Demgegenüber ist bisweilen grundsätzliche Skepsis hörbar. Bereits 1953 wies Jaromír Smutný darauf hin, wie "glatt" Ostdeutschland kommunistisch wurde, und faßte kompromißlos zusammen: Das deutsche Volk unterliege sehr schnell radikalen Losungen, und es spreche nichts dafür, daß die Sudetendeutschen weniger kommunistisch gewesen wären, als sie "henleinisch" gewesen waren.²⁰ Selbst wenn eine derartige Vereinfachung nicht unbedingt glaubwürdig klingen mag, kann man bei den Deutschen in der Tschechoslowakei doch einen Linksrutsch nicht vollkommen ausschließen, der sich zu dieser Zeit auch in Deutschland bemerkbar machte. Bis zu einem gewissen Maße wäre eine derartige Verschiebung auf der sudetendeutschen politischen Szene auch durch die Tatsache begünstigt worden, daß es eben die Linksparteien waren, die sich am wenigsten durch die Zusammenarbeit mit Henlein kompromittiert hatten; man kann vermuten, daß die Abrechnung mit dem Besatzungsregime und der Kollaboration, ähnlich wie auf tschechischer Seite, der bürgerlichen Rechten einen größeren politischen Verlust gebracht hätte. Für die politische Schichtung der sudetendeutschen Gesellschaft wäre wohl auch der Umstand nicht bedeutungslos gewesen, daß die Linksparteien den ganzen Krieg hindurch eine organisatorische Kontinuität und somit einen realen politischen Einfluß zu bewahren vermochten und sich daher höchstwahrscheinlich schneller konsolidiert hätten als die Bürgerparteien.

¹⁸ Mlynárik, Tézy 61

¹⁹ Bohemus, Stanovisko 199

²⁰ Stránský, Odsun 56

Von den Veränderungen, die im Zusammenhang mit der Zwangsaussiedlung der Deutschen das Antlitz der böhmischen Länder in der Nachkriegszeit deutlich formten, wird an erster Stelle die nationale Homogenisierung angeführt. Inwieweit dadurch der Übergang zur "sozialen" Revolution erleichtert worden sein mag, ist jedoch nicht klar. Sieht man von den bereits erwähnten Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des politischen Verhaltens der deutschen Minderheit ab und geht man von der Vermutung aus, daß die Haltung der Sudetendeutschen gegenüber den volksdemokratischen Änderungen mehrheitlich negativ gewesen wäre, so kann man ganz allgemein doch voraussetzen, daß eine nationale Minderheit als eine natürlich gewachsene, relativ autonome Substruktur der Gesellschaft einer totalen Beherrschung des Staates von einem Machtzentrum aus faktisch gewisse Hindernisse hätte bereiten können, besonders wenn dieses Machtzentrum im anderssprachigen Gebiet des Staates lag. Dies umso mehr, als sich ihren Angehörigen ein alternatives Lebensschicksal in einer freiheitlichen, konnationalen Gesellschaft bot. Dieser Aspekt machte sich gerade bei den Deutschen in der Tschechoslowakei bemerkbar, als das Regime Anfang der fünfziger Jahre versuchte, sie in die volksdemokratische Gesellschaft zu integrieren: Ein Teil von ihnen zeigte kein Interesse an dieser Integration und wollte in die Bundesrepublik Deutschland auswandern. Damals entließ das Regime – offensichtlich ungern – schrittweise einen Teil der Deutschen aus seinem "Gewahrsam", und zwar hauptsächlich diejenigen, an denen es kein ökonomisches Interesse hatte. Über eventuelle Auswirkungen einer derartigen Konstellation auf die politischen Machtverhältnisse sowie den Verlauf der gesellschaftlichen Veränderungen im Falle des Verbleibens einer zahlenmäßig stärkeren oder gar einer mehr oder minder intakten deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei läßt sich nur spekulieren. Man kann natürlich nicht ausschließen, daß eine verstärkte Repression gegen alle Bevölkerungsteile die Folge gewesen wäre.

Die Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung und besonders die damit verbundenen Vermögensverschiebungen blieben zweifellos nicht ohne Folgen für das soziale und auch für das politische Bild der tschechischen Gesellschaft. Immerhin muß die Vermutung von Jiří Sláma, die Enteignung der Deutschen habe "einen

bedeutenden Grundstock für die erste Sozialisierungsetappe" geliefert,²¹ noch in Detailuntersuchungen untermauert werden. Daß dadurch der staatliche Sektor der Wirtschaft gestärkt wurde, kann als unumstritten gelten. Denn die Enteignung der Deutschen ermöglichte es, in den Nationalisierungsprozeß auch Produktionskapazitäten einzubeziehen, die durch die Enteignungsmaßnahmen vom Herbst 1945 nicht erfaßt worden waren. Erstens kann man aber nicht eindeutig sagen, wie groß diese Stärkung eigentlich war, da der Wert des konfiszierten Vermögens der Deutschen bzw. dessen wirtschaftliches Potential nach wie vor unbeziffert geblieben ist.²² Zweitens – was noch wichtiger ist – hat die bisherige Forschung die Bedeutung des Staatssektors für den machtpolitischen Kampf der Jahre 1945-1948 nicht analysiert. Die sich natürlich bietende Vorstellung, der Staatssektor habe in erster Linie der kommunistischen Partei in die Hände gearbeitet, dürfte kaum zutreffen, da die wie auch immer eingeschränkte Pluralität der Nationalen Front eine ausschließliche Beherrschung des nationalisierten Sektors der Wirtschaft bzw. seiner geschlossenen Segmente durch eine einzige politische Partei grundsätzlich ausschloß.

Die sozialen und politischen Auswirkungen der Zuteilungen der enteigneten deutschen Güter in den privaten oder persönlichen Besitz können ebenfalls nicht genau bestimmt werden. Sláma setzt voraus, durch die Vertreibung sei "ein großes Vakuum für den sozialen Aufstieg einer sehr breiten Masse und weitreichende Umbesetzung sozialer Rollen und Positionen" geschaffen worden.²³ Tatsächlich kann man im Allgemeinen davon ausgehen, daß die Übernahme des konfiszierten Vermögens einem Teil der tschechischen Bevölkerung einen sozialen Aufstieg gesichert hat. Diesem wurden aber sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht offensichtlich

²¹ Sláma, Umgestaltung 107. Auch T. Staněk meint, daß die Überführung der konfiszierten Vermögenswerte in den nationalisierten Sektor zu einem "bedeutenden Schritt auf dem Weg zur Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und zur Voraussetzung der Sozialisierungsetappe nach dem Februar 1948" wurde. Auf die Frage, inwieweit dieser Schritt gegebenenfalls Auswirkungen auf den politischen Machtkampf vor 1948 hatte, geht er nicht ein; ders., Odsun 376-377

²² In seiner späteren Arbeit schätzte Sláma, das konfiszierte deutsche Vermögen habe die Hälfte des 1945 nationalisierten Vermögens und Kapitals ausgemacht; ders., Důsledky 530

²³ Sláma, Umgestaltung 12

gewisse Schranken gesetzt. Erstens war die Möglichkeit, eine bedeutende Verbesserung der sozialen Lebensverhältnisse zu erreichen, für den größten Teil der tschechischen Bevölkerung – Ausnahmen sind selbstverständlich nicht ausgeschlossen – mit einem Wohnortwechsel verbunden, also mit einem Umzug in die Grenzgebiete. Dies vermochte jedoch nur der sozial besonders motivierte Teil der tschechischen Gesellschaft zu akzeptieren – seine Größe ist nicht bekannt, sie kann allerdings die Zahl von etwa zwei Millionen Menschen nicht überschreiten.²⁴ Auf die soziale Lage der übrigen tschechischen Bevölkerung – mit Ausnahme der Tschechen, die bereits vor 1945 in den Grenzgebieten gelebt hatten und die an den Zuteilungen der enteigneten Besitzungen bzw. am lokalen Elitenwechsel ebenfalls partizipieren konnten – hatte die Zwangsaussiedlung der Deutschen keine unmittelbaren sozialen Auswirkungen. Zweitens verhinderten der Zuteilungsmechanismus (relativ nivellierte Zuteilungswerte, Übernahmepreise usw.) sowie die staatliche und offensichtlich auch gesellschaftliche Kontrolle bis auf Einzelfälle eine übermäßige legale Kumulation des enteigneten Vermögens im Besitz von Einzelpersonen. Nichts deutet darauf hin, daß eine sozial oder politisch relevante Gruppe, geschweige denn eine Schicht von "Neureichen" entstanden wäre, die ihr Vermögen ausschließlich oder zum größten Teil der Enteignung der Deutschen verdankt hätte.

Mehrere Autoren weisen auf die besondere politische Lage in den Grenzgebieten hin, wie sie sich bereits während der Zwangsaussiedlung herauszubilden begann. Vor allem der Hinweis auf den Wahlsieg der Kommunisten im Mai 1946 ist mittlerweile fast die Regel. Doch ist auch in diesem Fall ein differenzierter Blick geboten. Vor allem relativierte das Verhältniswahlrecht die Bedeutung dieser Ergebnisse für den Ausgang der Wahlen im gesamtstaatlichen Maßstab. Die Grenzgebiete waren von der wahlberechtigten, also tschechischen, Bevölkerung viel dünner besiedelt als das Landesinnere; von ihren über zwei Millionen Stimmen gewann die KPTsch hier 306.000. Die zweitstärkste Partei, die Volkssozialisten, blieb insgesamt um fast 900.000 Stimmen hinter dem Ergebnis der Kommunis-

²⁴ Es ist die Zahl, um die die tschechische Bevölkerung der ehemals abgetretenen Grenzgebiete in den Jahren 1945-1948 ungefähr angewachsen war.

ten zurück.²⁵ Der Erfolg in den Grenzgebieten unterstrich bloß den kommunistischen Sieg, er entschied jedoch nicht darüber. Man kann auch vermuten, daß zu den sozial besonders motivierten Gruppen der tschechischen Bevölkerung, die in das Grenzgebiet nach 1945 zugewandert waren, vor allem sozial unterprivilegierte Schichten gehörten, die ohnehin das linke Wählerpotential darstellten. Die Bedeutung ihres materiellen sowie sozialen Gewinns aus der "nationalen" Revolution mag bei ihnen somit eher zweitrangig gewesen sein. Die einzige Gruppe, bei der man eine Änderung des Wahlverhaltens belegen kann, ist die landwirtschaftliche Bevölkerung: Unter den 14 Bezirken in den Grenzgebieten, in denen die KPTsch mehr als 60 % der Stimmen erhielt, d.h. ein Drittel mehr als ihr Durchschnitt in den böhmischen Ländern, befanden sich acht, in denen sich der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung auf mehr als 30, in einigen sogar auf 50 % und mehr belief (Planá/Plan: Wahlergebnis der KPTsch 62 %, Tachov/Tachau: 70 %, Žlutice/Luditz: 61 %). Zum Vergleich: Nur in der Hälfte der 25 binnenländischen böhmischen Bezirke mit einem Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung von über 30 % vermochte die KPTsch über 40 % zu erzielen, das beste Ergebnis betrug hier 49 %. In Mähren überschritt die Partei sogar in keinem der Bezirke mit einem entsprechenden Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung 40 %.²⁶

Dieser Befund ist höchstwahrscheinlich nicht nur ein Signal dafür, daß die KPTsch die Bodenzuteilung, die sie in den Grenzgebieten offensichtlich weitgehend beherrschte, auch politisch für sich zu nutzen wußte. Es mag ebenso darauf hindeuten, in welchem Maße sich zu diesem Zeitpunkt die Gesellschaft im Grenzgebiet von der des Landesinneren unterschied. Die neu eingetroffene Bevölkerung fand sich anfangs nur schwer mit den örtlichen Bedingungen zurecht, sie entbehrte des Backgrounds der informellen nachbarschaftlichen Beziehungen, gemeinsamer Erlebnisse und Traditionen. Man kann

²⁵ Několik srovnávacích údajů k volbám roku 1946 [Einige vergleichende Angaben zu den Wahlen des Jahres 1946]. In: Statistický zpravodaj 9 (1946) 251. Die 306.000 Stimmen machten 14 % der Gesamtzahl der für die KPTsch abgegebenen Stimmen aus. Im Jahre 1935 erhielt sie in den Grenzgebieten 8,3 % der Stimmen (deutsche Stimmen sind in dieser Zahl nicht enthalten).

²⁶ Vgl. Jiří Sláma – Karel Kaplan, Die Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei 1935-1946-1948 (München 1986) 116-124

vermuten, daß es hier bereits vor 1948 zumindest partiell zu einem für die totalitäre Herrschaft kommunistischer Prägung typischen gesellschaftlichen und individuellen Autonomieverlust gekommen ist. In der teilweise feindlichen oder zumindest als nicht freundlich reflektierten Umgebung, woraus sich u.a. die Möglichkeit ergab, die tschechischen Zuwanderer ständig in einer Art "Ausnahmestand" zu halten, waren die "Neusiedler" offensichtlich mehr auf die Organe der Staatsverwaltung angewiesen, in denen die kommunistische Partei starke Positionen innehatte. Dies in erster Linie deshalb, weil die Partei über eine relativ mobile Mitgliederbasis verfügte und ihre Anhänger am besten zu aktivieren vermochte. Möglicherweise ist die Schlußfolgerung von Tomáš Staněk doch ein bißchen zugespitzt, die Kommunisten hätten schon vor ihrem entscheidenden Machtantritt die Gelegenheit gehabt, im Grenzgebiet Vorgangsweisen und strukturelle Mechanismen "durchzuprobieren", die sie nach dem Februar 1948 im gesamtstaatlichen Maßstab mit kleineren oder größeren Abwandlungen durchsetzten.²⁷ Jedenfalls kann man die Entstehung dieses "roten Gürtels"²⁸ auf einem Drittel der Gesamtfläche der böhmischen Länder bereits jetzt als eine der bedeutendsten sozialpolitischen Auswirkungen der Zwangsaussiedlung der Deutschen bezeichnen.

Eine weitgehende Übereinstimmung im Diskurs über das Verhältnis zwischen der "nationalen" und der "sozialen" Revolution herrscht in der Überzeugung, daß die Zwangsaussiedlung der Deutschen ernste negative Auswirkungen im außenpolitischen Bereich gehabt habe. Bereits 1953 stellte der tschechoslowakische Exilpolitiker Karol Lisický fest, durch die Unterstützung des Transfers hätten die Sowjets "uns unabwendbar und dauerhaft den Gnaden und Ungnaden ihres Schutzes ausgeliefert".²⁹ Derselben Meinung ist grundsätzlich auch T. Staněk, obwohl er vorsichtiger formuliert. Der entscheidende Anteil der UdSSR an der Durchsetzung der Transferpläne auf dem internationalen Forum sowie die Unterstützung, die diese bei deren Durchführung gewährt habe, habe die "politischen Bindun-

²⁷ Staněk, Odsun 357

²⁸ Vgl. František Jedermann, *Ztracené dějiny* [Verlorene Geschichte] (Praha 1990) 60

²⁹ Stránský, Odsun I 27

gen zwischen dieser Großmacht und der ČSR" gestärkt.³⁰ Die Geschichtsforschung erbrachte mittlerweile mehrere, allerdings durch den immer noch erschwerten Zugang zu den sowjetischen Archivquellen unvollständige Belege, wie die tschechoslowakische Politik im Bestreben, sich die Zustimmung und vor allem die praktische Kooperation Moskaus bei der Zwangsaussiedlung zu sichern, weitgehende Eingriffe der Sowjets in ihre souveränen Rechte duldete. In einigen Fragen fügte sie sich dem sowjetischen Standpunkt, obwohl dies nicht im Einklang mit den eigentlichen Interessen der Tschechoslowakei stand.³¹

Plausibel klingt auch die Schlußfolgerung J. Mlynáříks, durch die Zwangsaussiedlung sei die "deutsche Alternative" als ein gewisses Gegengewicht zur östlichen Orientierung des Staates zerschlagen und einseitig die "östliche Option" akzeptiert worden.³² Hierzu muß jedoch insofern Zweifel angemeldet werden, als die tschechoslowakische Politik in der Kriegsniederlage Deutschlands eindeutig die Chance erblickt hat, ihren deutschen Nachbarn als mitteleuropäischen Machtfaktor dauerhaft auszuschalten. Die in der Politik der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens mittlerweile ausschlaggebende Ansicht, eine wirtschaftlich-soziale Erholung sowie politische Stabilisierung Europas sei ohne die Einbeziehung Deutschlands als eines mehr oder minder gleichberechtigten Partners zumindest problematisch, wurde in Prag nicht geteilt. Die Gründe für die Ablehnung einer "deutschen Alternative" dürften somit weniger mit der Zwangsaussiedlung der Deutschen zusammenhängen als mit der vagen Annahme, Europa könne irgendwie ohne Deutschland und ohne Deutsche existieren. Diese Annahme überwog übrigens nicht unbedingt nur in Mitteleuropa: Die westeuropäischen Verbündeten brachte erst das sowjetische Vordringen in Europa zum schrittweisen Einschwenken auf diese Linie. Außerdem wurden die Ziele sowie die Methoden Stalins von der tschechoslowakischen Politik fatal verkannt. Dem zu erwartenden und natürlich gar nicht verfehlten Hin-

³⁰ Staněk, Odsun 374

³¹ Vgl. Kaplan, Nekrvavá 15, 23 bzw. 39; Vojtěch Mencl – Miloš Hájek – Milan Otáhal – Erika Kadlecová, Křižovatky 20.století [Die Kreuzungen des 20. Jahrhunderts] (Praha 1990) 216; Vladimír Moulis, Podivné spojení [Sonderbares Bündnis] (Praha 1996) passim

³² Mlynářík, Tézy 80; ähnlich auch Bohemus, Stanovisko 199

weis, über die Zugehörigkeit der Tschechoslowakei zu dem sowjetischen Einflußbereich sei in Jalta grundsätzlich entschieden worden, kann aber der Einwand entgegengehalten werden, der bürgerlich-demokratische Flügel der tschechoslowakischen Politik habe recht wenig unternommen, um diese Sphärenverteilung zumindest in Zweifel zu ziehen. Beispielsweise indem er die Übereinstimmung der Mehrheit der tschechoslowakischen Gesellschaft mit den Grundwerten der westlichen politischen und sozialen Ordnung eindeutig manifestiert hätte. Dies war aber – neben den anderen fraglichen innenpolitischen Erscheinungen – eben vor dem Hintergrund der durchgeführten massenhaften und zwangsweisen Bevölkerungsumsiedlung und besonders ihrer Formen und Methoden schwierig. Das haben bereits die Zeitgenossen bemerkt: "Noch nie war der Ruf der Tschechoslowakei im Westen so schlecht wie heute", stellte in diesem Zusammenhang die Zeitschrift der Tschechoslowakischen Volkspartei "Obzory" (Horizonte) Ende Sommer 1945 fest.³³

Diese wachsende Entfernung von der westlichen Vorstellungswelt war die Folge der Veränderungen im Rechts- und Moralbewusstsein der tschechischen Gesellschaft sowie der Schwächung der Autorität demokratischer Grundsätze, Institutionen und Mechanismen. Darauf als Folgen der Behandlung der Minderheitenbevölkerung haben mehrere Autoren in der bisherigen Diskussion hingewiesen;³⁴ einige von ihnen sprachen in diesem Zusammenhang von der Störung der traditionellen zivilisatorischen Bindungen der tschechischen Gesellschaft.³⁵ Mehrheitlich wird jedoch auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß die grundsätzliche Zersetzung moralischer und rechtlicher Werte bereits durch die NS-Besatzung und den Krieg hervorgerufen worden sei. Die Zwangsaussiedlung der Deutschen und die damit verbundenen Erscheinungen werden somit nicht als primäre Ursache für diese Bewußtseinsänderungen erachtet, sondern – zumindest von einigen Autoren – als die versäumte Gelegenheit, diese traditionellen rechtlichen und moralischen Werte womöglich

³³ Obzory I (1945) 177

³⁴ Beispielsweise Peroutka, Několik poznámek k česko-německému problému [Einige Bemerkungen zum tschechisch-deutschen Problem]; Bohemus, Stanovisko 197-198; Staněk, Vertreibung 186; Sláma, Důsledky 528

³⁵ Mlynárik, Tézy 82; Bohemus, Stanovisko 198

bald nach dem Kriegsende zu "regenerieren".³⁶ Über die Frage, inwieweit diese Veränderungen den Willen der Gesellschaft geschwächt haben, dem Antritt der totalitären kommunistischen Herrschaft die Stirn zu bieten, kann natürlich lange gestritten werden, da ein gesellschaftlicher Wertewandel während einer derart dynamischen und relativ kurzen Periode (1938-1948) nicht leicht zu ermitteln ist. Außerdem machen einige Autoren auf die Defizite in der politischen Integration der tschechischen Gesellschaft aufmerksam, deren zersplittertes Organisationssystem bereits Ende der dreißiger Jahre nicht in der Lage war, demokratische Abwehrmechanismen wirksam zu mobilisieren. Ihre mehrheitliche und überraschend schnelle Abkehr von liberal-demokratischen Ordnungsvorstellungen in der sogenannten Zweiten Republik (Oktober 1938 – März 1939) wird als Symptom dafür betrachtet.³⁷ Ob man von hier aus einen mehr oder minder direkten Bogen zum Februar 1948 zeichnen kann, muß als offen, jedoch auf keinen Fall von vornherein als ausgeschlossen gelten.

Das Maß an Deformationen, die auf die Begleitumstände der "nationalen" Revolution zurückgeführt werden können, ist besonders im Bereich des Rechts deutlich belegbar. Auch in diesem Fall muß man aber hervorheben, daß der Deformationsprozeß bereits früher, nämlich während der Okkupation und des Krieges, begonnen hatte. Nach dem Kriege dauerte er jedoch fort, diesmal allerdings mit Willen der tschechoslowakischen Politik. Wenn auch die tschechische Rechtswissenschaft davon ausgeht, daß das Recht im autokratischen Regime vor allem der Durchsetzung von politischen Zielen dient, ohne sich dabei aber durch andere (allgemeine) Werte und Prinzipien gebunden zu fühlen,³⁸ so kann man von einigen tschechoslowakischen Rechtsnormen der unmittelbaren Nachkriegszeit begründet behaupten, diese hätten bereits den rechtsstaatlichen Rahmen verlas-

³⁶ Bohemus, Stanovisko 197; Mlynárik, Tézy 84

³⁷ Vgl. Peter Heumos, Zhroucení jednoho systému. Osm tezí k rozpadu ČSR v letech 1938-1939 [Zusammenbruch eines Systems. Acht Thesen zum Zerfall der ČSR in den Jahren 1938-1939]. In: Dějiny a současnost 18 (1996) H. 2, 28

³⁸ Vgl. Vladimír Mikule, Verwaltungsrecht und öffentliche Verwaltung auf dem Territorium der Tschechischen Republik nach 1945. In: Normdurchsetzung in osteuropäischen Nachkriegsgesellschaften (1944-1989). Hg. v. Heinz Mohnhaupt – Hans-Andreas Schönfeldt (Frankfurt/Main 1998) 107 bzw. 135

sen. Besonders in denjenigen Dekreten des Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik, welche die rechtliche und soziale Stellung der "nicht-slawischen" Minderheiten in der Tschechoslowakei regelten – die Bestrafung von Kriegs- und NS-Verbrechen wird hier jedoch nicht gemeint –, ist der Verzicht auf die liberal-demokratischen Rechtsprinzipien allzu deutlich.³⁹ Inwieweit man die diesbezüglichen Dekrete als eine außerordentliche Reaktion auf eine außerordentliche Bedrohung des Staates und aus diesem Grunde als einen Schritt, der "eigene politische, rechtliche und moralische Logik" gehabt habe,⁴⁰ begründen oder sogar rechtfertigen kann, muß noch gründlich diskutiert werden. Schon jetzt kann man aber davon ausgehen, daß die Relativierung der Rechtssicherheit, die die tschechische Gesellschaft – und dies war für die weitere Entwicklung wohl am wichtigsten – entweder zumindest schweigend akzeptierte oder sogar guthieß, denjenigen Kräften gelegen kam, die eine "revolutionäre", den rechtlichen Rahmen sprengende Entwicklung anstrebten, also in erster Linie den Kommunisten. Wie plausibel auch immer diese allgemeine Vermutung klingen kann, die Rolle des geschwächten Rechtsstaates im innenpolitischen Machtkonflikt der damaligen Tschechoslowakei muß erst eingehend analysiert werden.

Wie hier skizzenhaft angedeutet worden ist, wird man noch umfangreiche und detaillierte Forschungen anstellen müssen, um die Frage nach einem eventuellen kausalen Zusammenhang zwischen der "nationalen" und der "sozialen" Revolution in der Tschechoslowakei nach der unmittelbaren Nachkriegszeit befriedigend beantworten zu können. Angesichts der erwähnten Besonderheit der damaligen Entwicklung und der sich daraus ergebenden Daten- und Quellenlage ist jedoch nicht auszuschließen, daß diese Antwort immer lückenhaft und wegen der verschiedenen angewandten Interpretationsmodelle ein weitgehend offener Diskussionspunkt bleiben wird.

³⁹ Vgl. Jaroslav Kučera, Auf dem Weg zu einem Nationalstaat. Tschechen und Deutsche in der Nachkriegstschechoslowakei. In: An der Bruchlinie/Na rozhraní. Hg. v. Gernot Heiss – Alena Mišková – Jiří Pešek – Oliver Rathkolb (Wien 1998) 43-58

⁴⁰ František Šamalik, "Benešovy dekrety" a smíření ["Beneš' Dekrete" und die Versöhnung]. In: Právní aspekty odsunu sudetských Němců [Rechtliche Aspekte des Abschubs der Sudetendeutschen] (Praha 1995) 65